



„ppp“ in Schulen 2
Ungedeckter Wechsel

Afghanistan 3
Bundeswehr muss raus!

Marlies Guck-in-die-Luft

Bürgermeisterin beschert Reinickendorf eine Pleiten-, Pech- und Pannen-Show

Die diesjährige Pannenliste von Bürgermeisterin Marlies Wanjura und ihrer Partei ist lang: die Befremdlichkeiten beim Ausbau des Borsighafens; der Vorstoß zum vertragswidrigen Offenhalten des Flughafens Tegel über die Fertigstellung des Flughafens Schönefeld hinaus; erst das Bummel- und dann das Holter-die-Polter-Gebahren bei der Auswahl von Schulen für das ppp-Projekt, jener neuen Art des Schuldenmachens, zu dem jetzt die Schulkonferenzen nur noch nachträglich ihre Meinung äußern können; ihre selbstherrliche Ablehnung des mehrheitlichen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung, zum nächsten Christopher Street Day die Regenbogenfahne vor dem Bezirksamt aufzuziehen (und ihre noch unsäglichere Begründung dafür); die strittige Ablehnung der Vergabe eines bezirklichen Grundstücks für die Ansiedlung einer BMW-Niederlassung in Reinickendorf; schließlich die achtlose Vertreibung der Country Music Messe aus dem Bezirk. Uff!

Der CDU-Fraktionsvorsitzende in der BVV, Jörn Jakob Schultze-Berndt, stand seiner Bürgermeisterin bei:

Sie sei ein Schneeschieber und somit eine Probleme-beiseite-Räumlerin. Einmal mehr sei der Unterschied zwischen dem aktiven Handeln der Bürgermeisterin und dem Verstecken hinter Bürokratie und Vorschriften deutlich geworden.

Kann denn unsere Bürgermeisterin wirklich machen, was sie will?

Das Schlimme ist: Probleme lassen sich nicht beiseite räumen, sie müssen ordentlich gelöst werden. Und zwar nach Normen und Regeln, die im Verwaltungshandeln aus guten Gründen vorgeschrieben sind - unter anderem, um Willkür auszuschließen, Steuermittel effektiv und transparent einzusetzen sowie Connectionswirtschaft zu verhindern. Was übrigens bei guter Koordination ein schnelles Tempo überhaupt nicht ausschließt - im Gegenteil.

Es scheint, dass Frau Wanjura nicht die Probleme beiseite räumt, sondern die Regeln der Problemlösung. Und was dabei auf den Schneeschieber gerät, das ist die Demokratie in Reinickendorf.

Gar nicht lustig, diese Show. Sie sollte schnell abgesetzt werden.

Jochen Eser

Oh je, Frau Wanjura,
Wenn das mal
gut geht !!



Nach einem Motiv aus dem „Struwelpeter“

„Frieden für Afghanistan - Bundeswehr raus“

Demo gegen die Verlängerung der Bundeswehreinsätze

Sonnabend, 15. September 2007

Start: 12 Uhr Rotes Rathaus.

Die Reinickendorfer LINKE ruft dazu auf, sich zahlreich zu beteiligen und für den Truppenabzug zu unterschreiben.

Ungedeckter Wechsel

BVV Reinickendorf: „ppp“ soll Schulen sanieren

Schul- und Haushaltsausschuss der BVV Reinickendorf haben in einer Sondersitzung am 19. Juli 2007 eine von CDU und FDP vorgelegte Liste von acht Schulen beschlossen, die das Bezirksamt (BA) dem Senat zur Sanierung und Bewirtschaftung durch private Unternehmen im Rahmen eines *ppp* (*public private partnership*)-Modellprojekts über 25 Jahre vorschlagen will. Das BA erhofft sich dadurch zusätzliche Mittel für den Bezirk in Höhe von 20 Millionen Euro. Nach Aussage der Schulstadträtin hätten die Reinickendorfer Schulen tatsächlich einen Sanierungsbedarf von 67 Millionen Euro.

Sachverstand außen vor

Eine vom BA veranlasste Machbarkeitsstudie hatte - wie der Stellv. Bezirksbürgermeister Senftleben (SPD) in der Mai-Sitzung der BVV namens des BA auf eine Große Anfrage mitteilte - nur geringe Wirtschaftlichkeitsvorteile durch *ppp* gegenüber der öffentlichen Hand ergeben: 6,08 Prozent im Durchschnitt, zwischen 0,86 und 12,89 Prozent. Sein Fazit: Das BA halte eine Weiterführung deshalb für nicht gerechtfertigt. „Völlig ideologiefrei“ haben CDU und FDP diese nüchterne Position inzwischen vom Tisch gewischt und eine Kehrtwende durchdrückt. Eine realistische Abwägung der Chancen und Risiken von öffentlich-privaten Partnerschaften, wie sie renommierte Verwaltungswissenschaftler, Finanzexperten, Politiker aufgrund vorliegender Erfahrungen und - wie man hört - selbst besagte Studie fordern, blieb in der BVV fahrlässigerweise aus.

Hauruck statt Demokratie

Nach monatelangen Verzögerungen der Diskussion durch das Bezirksamt konnten die Schulkonferenzen der besagten Schulen erst nach den Ferien im Hauruckverfahren nachträglich ihre Meinung äußern. „Die immer wieder vom Bezirk zugesagte Einbindung von Eltern, Lehrern und Schülern und deren gewählten Gremien sowie deren Mitwirkungsrechte bleiben dabei fast vollständig auf der Strecke... Diese wichtige Entscheidung mit ihren weitreichenden Folgen muss im Interesse nachfolgender Generationen von Schülern, Eltern und Lehrern mit der nötigen Umsicht und Sorgfalt getroffen werden“, stellte der Vorstand des BEA-Schule in einer Pressemitteilung fest.

Weitsicht statt Hellsicht

In einer Einwohnerfrage hatte die LINKE durch ihren Bezirksvorsitzenden **Yusuf Dogan** bereits im April nachgefragt, warum die BVV für die dringende Sanierung ausgewählter Schulen im Bezirk über *ppp* all die Unwägbarkeiten für die bezirkliche Schulentwicklungsplanung und für die haushalterische Transparenz in Kauf nähme; dazu finanzielle Risiken über 25 Jahre hinweg, den drohenden Arbeitsplatzabbau und den Verzicht auf demokratische Kontrolle. Und warum sie nicht stattdessen den Senat zu einer wesentlichen Erweiterung des Schul- und Sportstätten-Sanierungsprogramms auffordere.

Seinerzeit bat BVV-Vorsteher Pohl (CDU) um Verschiebung, denn nur Hellseher könnten die Frage beantworten. Die LINKE wird ihre Frage also wiederholen müssen. *A.B.*

BVV-Splitter

10. Sitzung, 11.7.2007

Um 22.19 Uhr, also 19 Minuten nach vorgesehenem Ende der 9. Sitzung, eröffnete BVV-Vorsteher Pohl die 10. Sitzung. Die Dringlichkeit einiger Anträge, Tagesordnung und Konsensliste wurden bestätigt, einige notwendige Entscheidungen (u. a. Sondersitzung der Schul- und Haushaltsausschüsse) auf Zuruf getroffen und die Verordneten dann in den Urlaub geschickt. Auf der Strecke blieb die Einwohnerfrage.

Vorausgegangen war die Behandlung von Großen Anfragen (GA) aus dem Nachlass der 9. Sitzung zu den **Auswirkungen der Mieterhöhungen durch die Gesobau auf die HARTZ-IV-Empfänger** im Märkischen Viertel (Drs.-Nr.: 0198/XVIII) und zur Tätigkeit des **Ordnungsamtes im Außendienst** (Drs.-Nr.: 0204/XVIII) sowie einer dringende GA der SPD zum **Projekt Borsighafen** (Drs.-Nr.: 0229/XVIII). Auf letztere antwortete nicht Bürgermeisterin Wanjura (CDU), sondern ihr Stellvertreter P. Senftleben (SPD). Als „im BA abgestimmte Position“ informierte er lapidar über die gewachsenen Baukosten (statt 2,6 nun 4,2 Mio. Euro), über den vorgenommenen Wechsel in der Projektträgerschaft (vom BA zur Senatsverwaltung für Stadtentwicklung), über den Fakt der Untersuchungen des Berliner Rechnungshofes und Ermittlungen des Staatsanwaltes sowie über Fehler in der Antwort der Senatsverwaltung auf eine Kleine Anfrage von O. Schruoffeneger (MdB, B90) vom 24.5.2007 (Drs.-Nr.: 16/10705), die offenbar auf Fehlinformationen aus dem BA beruhen. Das BA, um Klärung bemüht, werde keine Fragen beantworten. Die Fraktionsvorsitzenden (FV) von SPD und B90 rügte in scharfen Worten diesen fragwürdigen Umgang des BA mit der BVV und verlangten Aufklärung zu „Vorfällen, wie es sie im BA noch nie gegeben“ hätte. Mit seinem „dilettantischen Vorgehen“ habe sich Reinickendorf „bis auf die Knochen blamiert“ („ein offensichtlich vollständig überfordertes Bezirksamt“, so Senatorin Junge-Reyer im Abgeordnetenhaus). Schultze-Berndt (CDU-FV) bestätigte das „intensive Hauen und Stechen im BA“, stellte sich dennoch theatralisch vor Bürgermeisterin: „Marlies Wanjura - ich bin stolz auf Dich!“ Der SPD-Antrag auf Einsetzung eines Unterausschusses zum Borsighafen scheiterte an den Stimmen von CDU und FDP. *K. G.*



Wie steht's mit den Menschenrechten in Reinickendorf?

Ohne Job

Im August 2007 waren 15 532 Reinickendorfer als erwerbslos registriert. Das sind 14,5 Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.

33,7 Prozent von ihnen sind Langzeitarbeitslose, 13,4 Prozent unter 25, 21 Prozent über 50 Jahre. 12 537 sind ALG-II-Empfänger. (Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktreport 08-07)

Kinderarmut

12 355 Kinder und Jugendliche leben in Reinickendorf in Haushalten von ALG-II-Beziehern, 5 320 von ihnen mit Alleinerziehenden.

(Antwort des Senats auf eine Kleine Anfrage von Margit Barth, MdB, Linksfraktion; Berliner Morgenpost, 22.8.2007)

„Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 10.12.1948 Artikel 23(1)

Keine Verlängerung der Bundeswehreinsätze!

„...dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“

Wolfgang Borchert, Antikriegsmanifest, 1947

Im September und Oktober steht die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem NATO-Krieg „Operation Enduring Freedom“ und dem UN-mandatierten ISAF-Einsatz auf der Tagesordnung im Bundestag. Erneut steht die Entscheidung Krieg oder Frieden an. Aus diesem Anlass bekräftigen wir unser entschiedenes NEIN zum Krieg.

Die proklamierten Ziele der Militäreinsätze - Terrorismusbekämpfung sowie Demokratisierung und Wiederaufbau - sind nicht erreicht. Im Gegenteil: Die Lage im Land verschlechtert sich zusehends und in Afghanistan selbst, in Deutschland und weltweit wird der Krieg aus guten Gründen mehrheitlich abgelehnt.

Mit dem 2001 von der US-Regierung begonnenen völkerrechtswidrigen „Krieg gegen den Terror“ sollen die Einfluss-Sphären der USA und ihrer Verbündeten im Nahen und Mittleren Osten erweitert werden...

Afghanistan ist heute von demokratischen Verhältnissen weit entfernt. In den meisten Regionen herrschen Warlords und Drogenbarone; Gewalt, Terror und Drogenhandel beherrschen den Alltag. Die Bevölkerung, die immer häufiger Zielscheibe der Angriffe ist, lebt in ständiger Angst und unter unwürdigen sozialen Bedingungen. Durch den Tornado-Einsatz wurde die - seit Anbeginn betriebene - deutsche

Kriegsbeteiligung ausgeweitet und die Verquickung von OEF und ISAF fortgeführt. Deutschland beteiligt sich damit an der militärischen Eskalation und nimmt den Tod vieler weiterer Menschen, auch deutscher Soldaten, in Kauf. An Stelle der von wirtschaftlichen Interessen geleiteten militärischen Machtpolitik müssen Abrüstung, zivile Konfliktregulierung und diplomatische Verhandlungen treten. Nur so können die gewaltigen Probleme gelöst werden.

Der zivile Wiederaufbau in Afghanistan sowie eine humane Entwicklung können überhaupt erst gelingen, wenn der Krieg beendet ist. Was Afghanistan braucht, ist Frieden als Voraussetzung für eine souveräne Demokratie. Die Kriegsschäden müssen durch die Krieg führenden Staaten beseitigt, alle Truppen müssen abgezogen und die somit frei werdenden Mittel für humanitäre Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen genutzt werden. Seit 2002 wurden in Afghanistan 85 Mrd. Dollar für Militärmaßnahmen, dagegen nur 7,5 Mrd. Dollar für den zivilen Wiederaufbau eingesetzt.

Die Beendigung der Bundeswehreinsätze kann ein erster Schritt zum Frieden sein. Das würde auch die Bush-Administration unter Druck setzen, die US-Truppen ebenfalls zurückzuziehen. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, einer Mandatsverlängerung nicht zuzustimmen!

(Aus dem Aufruf des Demo-Bündnisses)



Die Regierung behauptet, der Bundeswehreinsatz würde Sicherheit und Wiederaufbau befördern. Aber die Vermischung von Militäreinsatz und ziviler Hilfe gefährdet Helfer und Hilfsprojekte. Wir müssen den Aufbau mit zivilen Mitteln unterstützen. Der Vorschlag, die ISAF-Truppen aufzustocken, geht in die falsche Richtung.

Es wird Zeit, dass die Regierung und die sie tragende Koalition den Mehrheitswillen der Bevölkerung akzeptiert und einen Truppenabzug einleitet. Wir können das Land jetzt nicht über Nacht verlassen, aber es darf nicht so sein, wie bei anderen Abrüstungsbemühungen, dass jahrelang darüber geredet wird und gar nichts passiert.

Lothar Bisky,
Parteivorsitzender der LINKEN,
27.8.2007

Wie viele Soldaten wollen Sie denn noch schicken? Die Irakisierung Afghanistans ist in vollem Gange. Es wird uns am Ende nichts anderes übrig bleiben, als Afghanistan den Afghanen zu überlassen.

Peter Scholl-Latour,
28.8.2007

Der vollständige Aufruf des Bündnisses unter:
www.afghanistan.demo.de und
www.bundeswehr-raus-aus-afghanistan.de

Dieser Aufruf wird unterstützt von über 200 Friedensgruppen, Parteiorganisationen und Initiativen.

Demo am 15.9.07, 12.00 Uhr, Rotes Rathaus

DIE LINKE.

Bundeswehr raus aus Afghanistan!

Kein Mandat für den Krieg in Afghanistan!
Ich appelliere an die Abgeordneten des Bundestages:
Sagen Sie Nein zur Verlängerung des Mandats für den Krieg in Afghanistan.
Respektieren Sie das Friedensgebot und das Verbot von Angriffskriegen im Grundgesetz. www.die-linke.de

	Name, Vorname	PLZ, Wohnort	Straße	Unterschrift
1.				

Der Aufruf kann im Roten Laden oder an unseren Info-Ständen im Bezirk unterschrieben werden.

Warum DIE LINKE?



Jahrelang habe ich tatenlos zugehört und mich immer nur aufgeregt! Jetzt ist die Zeit reif für Veränderung, sowohl in der Politik, als auch bei mir!

DIE LINKE ist für mich die erste Partei die all meine Interessen und Zielsetzungen vertritt und so war es unumgänglich in diese Partei einzutreten und **mich endlich** zu engagieren.

Ich will mitmischen, mich wehren, z. B. gegen den Afghanistan-Einsatz und Waffengeschäfte; gegen soziale Ungerechtigkeit durch das Hartz-IV-Gesetz und Erwerbslosigkeit, bei deren Zahlen immer wieder unverhohlen gelogen wird. Wir brauchen den Mindestlohn, den Arbeitnehmerschutz, damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht noch weiter auseinander klafft.

Dazu ist der Richtungswechsel in der Politik und auch mein Engagement nötig. Je mehr Menschen wir motivieren können mitzumachen, weil sie auch dieses Ziel verfolgen, werden wir gehört werden und etwas erreichen!

Gabriele L. Herold, 56, Krankenschwester und Betriebsratsmitglied

Am Rande Geschichte selektiv

Lernen kann man aus der „Geschichte der Borsig-Werke“, die uns von K.-D. Dominick im CDU-Blättchen „Wir in Tegel“ vom Juli vermittelt wird. Sie beginnt mit der Eisengießerei (1837), dem Maschinen- und Kesselbau und der Produktion von Dampflok. Später kamen Werkzeugmaschinenbau und Werkstoffentwicklung hinzu. Nach Rückgang des Eisenbahngeschäfts, der Produktion von Landmaschinen und vorübergehender Schließung folgte die Fusion zu „Rheinmetall-Borsig“.

Nun erfährt man staunend, dass „während des Zweiten Weltkrieges über 17 000 Arbeiter beschäftigt“ wurden. Ganz schön viel. Aber diese enorme Arbeiterzahl produzierte Herrn Dominick zufolge... ja was denn? Nichts? Hat sich da der Fehlerleufel eingeschlichen, fehlte der Platz? War gar der Zensor im Spiel?

Einerlei - die Partei mit den großen „C“ im Namen hat aus der Geschichte offenbar nichts gelernt. Kriegsgewinnler dürfen, nein müssen beim Namen genannt werden. (Ver)Schweigt man noch immer (oder wieder) „verschämt“? Ist es der CDU peinlich, dass Rheinmetall-Borsig schon in den dreißiger Jahren Waffen und Munition produzierte, dass bis 1944 eigenentwickelte Waffensysteme bei der Wehrmacht eingeführt und sogar Raketenprojekte entwickelt wurden? Im Klartext: Von 1936 bis 1945 produzierte Borsig vorrangig Rüstungsgüter und beschäftigte während des Krieges auch Zwangsarbeiter! Aus diesem Grund wurden 90 Prozent der Produktionseinrichtungen zerstört und „die Reste“ fast vollständig demontiert. Soweit die notwendige Ergänzung historischer Fakten. Herr Dominick, wer die Geschichte verschweigt, wird für die Zukunft nichts lernen.

Jürgen Schimrock

Termine

29. September, 14:00 Uhr, Mitgliederversammlung der LINKEN Reinickendorf zur Neuwahl des Bezirksvorstands im Roten Laden; anschließend (ca. 16:30 Uhr): **7. Hoffest im Roten Laden:** Essen & Trinken, Gespräche & Musik, Gäste sind herzlich willkommen

Stoppt den Überwachungswahn

Bürgerrechtler rufen bundesweit zur Teilnahme an einer Demonstration gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat auf. Am Samstag, dem 22. September 2007 werden besorgte Bürgerinnen und Bürger in Berlin unter dem Motto "Freiheit statt Angst - Stoppt den Überwachungswahn!" auf die Straße gehen. Treffpunkt ist der Pariser Platz (Brandenburger Tor) um 14.30 Uhr.

Im Aufruf heißt es: Der Überwachungswahn greift um sich. Staat und Unternehmen registrieren, überwachen und kontrollieren uns immer vollständiger. Mit der Vorratsspeicherung der Telekommunikation und Online-Durchsuchungen von Computern stehen weiter verschärfte Sicherheits- und

Überwachungsbefugnisse auf der unersättlichen politischen Agenda. Dabei bewirkt die zunehmende elektronische Erfassung und Überwachung der gesamten Bevölkerung keinen verbesserten Schutz vor Kriminalität, kostet Millionen von Euro und gefährdet die Privatsphäre Unschuldiger.

Hier finden Sie uns:



Roter Laden

Schloßstraße 22
13507 Berlin-Tegel

Öffnungszeiten:

Mo - Do 14.00 bis 18.00 Uhr

Di u. Do 11.00 bis 13.00 Uhr

Tel.: 4373 2630

Fax: 4373 2632

e-mail:

redaktion@die-linke-reinickendorf.de

In Reinickendorf gab es seit der Parteineugründung im Juni 2007 zehn Neueintritte.

Impressum
Herausgegeben vom Bezirksvorstand der Partei DIE LINKE. Reinickendorf, V.i.S.d.P.: Yusuf Dogan

Wir in Reinickendorf wird vom Bezirksverband finanziert.

Spenden sind ausdrücklich erwünscht: DIE LINKE. Reinickendorf, Berliner Bank, BLZ: 100 200 00, Kontonummer: 4384 816812.